

Version 25.9.

Sehr geehrte Verhandelnende der CDU, Grüne und SPD,

wir, die im sächsischen Bildungsbereich lernen und arbeiten, sind immer noch schockiert von den Ergebnissen der Landtagswahlen. Dass ihre Parteien nun miteinander in Koalitionsverhandlungen treten und damit die AfD voraussichtlich nicht Teil der nächsten Landesregierung sein wird, begrüßen wir ausdrücklich. Allerdings betrachten wir eine Schwarz-Grün-Rote Landesregierung keinesfalls als Garant für bildungspolitischen Fortschritt. Dieser ist jedoch notwendig, um gegenwärtigen Entwicklungen, wie dem hohen öffentlichen Zuspruch zu rechtsextremen und menschenfeindlichen Positionen in Sachsen und Deutschland, in den nächsten Jahren mit einer progressiven und weltoffenen Bildungslandschaft etwas entgegenzusetzen. Deshalb möchten wir mit diesem Brief einen Appell an Sie richten, die bildungspolitischen Missstände in Sachsen zu erkennen und mit ihrer Regierungsarbeit entschieden anzugehen.

Als ein grundlegendes Defizit der sächsischen Bildungspolitik seit der Wende erachten wir die Dominanz eines Leistungsprinzips, welches seinen Fokus stets auf quantifizierbare Erfolge setzte und dazu tendierte, die MINT-Fächer überzubetonen. Zwar erzielt Sachsen jährlich Bestwerte im Ländervergleich oder der Pisa Studie, vermag damit jedoch nicht über die eklatanten, dringend aufzuholenden Rückstände in der kulturellen, politischen und sozialen Bildung hinwegzutäuschen. Natürlich bedarf es weiterhin fähiger Ingenieur*innen, Naturwissenschaftler*innen und weiterer Fachkräfte, um innovative Beiträge zur Lösung der großen Probleme unserer Zeit – wie z.B. des Klimawandels – leisten zu können. Wir wollen aber nicht länger dabei zusehen, wie politische, soziale und kulturelle Bildung und die MINT-Fächer gegeneinander aufgewogen werden. Dieser Umgang mit Bildung und eine an den falschen Stellen einsparende Finanzpolitik haben dazu geführt, dass Missständen nicht ausreichend Rechnung getragen wurde. Lehrer*innenmangel, gravierende Engpässe bei pädagogischem Personal, hohe Schulabbrecher*innenquoten, mangelnde Lehr- und Lernmittel, fehlende Forschungsgelder und Stellen in der Wissenschaft und der teilweise untragbare marode Zustand der Bildungseinrichtungen sind nur einige Problemfälle. Die ohnehin bereits große Chancenungleichheit wird durch die genannten Punkte noch zunehmend verstärkt .

Diese Rückstände gilt es nun aufzuarbeiten, um Aufbau und Erhalt einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft zu gewährleisten. Dafür brauchen wir ein Umdenken in der Bildungspolitik. Anstelle des Erreichens hoher Punktzahlen in Leistungsvergleichen muss das oberste Ziel die Ausbildung kritischer, empathischer, selbstbewusster und couragierter Menschen sein, die sich für ein demokratisches Miteinander und gegen Ungerechtigkeiten einsetzen. Eine Grundlage dafür ist die stärkere Thematisierung von Diskriminierung und sozialer Ungleichheit in der Aus- und Weiterbildung von Pädagog*innen. Persönliches Engagement, das über den Unterricht bzw. Lehre und Studium hinaus geht, sollte gefördert und nicht behindert werden. Weiterhin muss politische und historische Bildung Teil jedes Ausbildungsganges werden – von der Grundschule über die Berufsausbildung bis zum Hochschulstudium. Die MINT-Studiengänge sollten davon nicht ausgenommen sein. Darüber hinaus müssen Bildungseinrichtungen selbst sozial gerechter und demokratischer werden. Das bedeutet die Abschaffung aller Selektionsschranken und Zugangshürden, längeres gemeinsames Lernen, Ausbau des Studiums ohne Abitur und größtmögliche Unterstützung auf dem Weg zum angestrebten Abschluss. Ebenso bedeutet es, dass prekäre Arbeitsverhältnisse, die u.a. in der Wissenschaft immer noch die Regel sind, in reguläre

Arbeitsverhältnisse überführt werden. Weiterhin ist es nötig, die Bildungseinrichtungen zu demokratisieren, indem echte Beteiligung und Mitbestimmung in jedem Bereich eingeführt wird. Wer von politischen Entscheidungen betroffen ist, sollte auch in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.¹

Wenn eine zukunftsfähige Bildungspolitik das Ziel der neuen sächsischen Landesregierung sein soll, muss sie als Kollektivprojekt gesehen werden, welches die Stimmen aller Involvierten berücksichtigt. In Bezug auf Beschlüsse im bildungspolitischen Bereich sind wir gerne bereit, konsultativ zur Seite zu stehen. Kompromisse in der Bildungspolitik, welche die Segregation in der Bildung nicht beseitigen und die bildungspolitischen Ungerechtigkeiten verharmlosen, sind wir leid. Wir, die diese Benachteiligungen jeden Tag im Bildungsbereich beobachten und selbst erfahren, bitten Sie, als zukünftige Regierungsparteien, unsere Forderungen ernst zu nehmen und Veränderungen in Gang zu setzen.

Viel Erfolg bei Ihren weiteren Koalitionsverhandlungen.

1 Weiterhin verweisen wir auf die Forderungskataloge der GEW und der KSS, denen wir uns anschließen:
<https://www.gew-sachsen.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/bewertung-und-forderungen-der-gew-sachsen/>
<https://www.kss-sachsen.de/10Forderungen>